

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 21

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abstimmungssonntag

-an- Mit rund einer halben gegen eine Viertelmillion Stimmen hat das Schweizervolk die sozialistische Initiative «Rechte der Arbeit und Wirtschaftsreform» verworfen. Alle Stände waren dagegen. Im Kanton Bern nahm unter dreissig Aemtern nur das unbestritten Linkskurs befolgende Biel an. Man kann in den verschiedenen Kommentaren verschiedene Deutungen lesen, welche nicht alle gleich ernst zu nehmen sind. Unserer Meinung nach ist das Wichtigste an den Abstimmungsziffern, dass man daraus eine Mehrheit für die Wirtschaftsartikel und die AHV herauslesen kann. Kommen nämlich zur Viertelmillion, die bereit war, der Wirtschaft die von der Sozialdemokratie verlangten Zügel anzulegen, und die darum auch die viel milderen Artikel befürworten werden, die Kreise hinzu, die diesmal mit Nein stimmten, nämlich vor allem die Bauernschaft und ein Teil des Gewerbes, dazu alle Einsichtigen aus dem liberalen und konservativen Lager, dann dürften am 6. Juni wenigstens so viele Ja fallen, wie am 18. Mai Nein fielen. Ein unbefangener Beobachter wird sich, von welchem politischen oder religiösen Bekenntnis er auch herkommen möge, sagen müssen, dass die Freiheit der Wirtschaft schliesslich nur dann gerettet werden könne, wenn man Missbräuche und falsche Funktionen dieser Freiheit endlich verhindere. Und damit auch verhindere, dass die Freiheit in Misskredit komme. *Wir gehen, so hoffen wir, einer Synthese von Freiheit und Lenkung entgegen. Und wir wünschen von ganzem Herzen, diese Synthese könne gefunden werden, bevor der Staat seine Bereiche überschreite und statt zu einem Gesetzgeber der Wirtschaft selbst zum Grosswirtschafter werde.* Darin liegt das Problem, das gerade die Verfechter der «freien Initiative» erfassen müssen. Grösstmögliche Freiheit in einer gesunden Planmässigkeit! Für das Planmässige, auch für die planmässige und sinnvolle Sicherung der Freiheit, für die «freie Bahn» des individuellen Einzelnen wie für die Lenkung seiner Kräfte im Sinne der Zusammenarbeit (ohne Polizeieingriffe!), soll der Staat sorgen. Für die Leistung aber eine möglichst grosse Zahl Selbständiger im Lande. Geschieht beides, dann werden wir über die Kräfte der Zerklüftung siegen. Die Vorlage über die neuen Wirtschaftsartikel ist aus dem Geiste einer solchen Synthese geboren. Verstehen die Vertreter des Freiheitsgedankens den Sinn der Vorlage, dann werden sie, und vor allem sie, dafür eintreten.

Was die AHV betrifft, wirbt bei der Bauernschaft eine Flugschrift, die den verdienten Sekretär des Schweizerischen Bauernverbandes, Dr. Laur, zum Verfasser hat, eindringlich für die Annahme. «Nirgendwo könnt ihr euch zu so billigen Prämien versichern lassen». Das sagt Dr. Laur vor allem auch den Bergbauernkreisen. Die Gewerkschaften verbreiten eine dickere Schrift, in welchem den Arbeiterkreisen dargetan wird, wie sich «buchhalterisch» Prämien und Ren-



Nach der Ablehnung Orlandos hat der Präsident der italienischen Republik den bekannten, 79jährigen Politiker Francesco Nitti mit der Regierungsbildung betraut. Nitti, ein gebürtiger Sizilianer, war bereits in der vorfaschistischen Zeit italienischer Ministerpräsident

ten ausnehmen. All jene Leute, die lieber nichts zahlen möchten, müssten eine der beiden Schriften lesen — und dann am 6. Juli mithelfen, die Vorlage anzunehmen.

Aufräumarbeit

Nachkriegszeit ist Aufräumzeit. Im Trümmerhaufen, welchen die Hitler-Herrschaft zurückgelassen hat, und den es zu liquidieren gilt, liegt die Ursache des Missbehagens. Die deutschen Großstädte mögen beinahe als Sinnbild für die europäische Gesamtlage gelten: Berlin beispielsweise besteht heute aus einem kaum bewohnbaren Stadtkern, mit Wohnquartieren und teilweise auch Geschäftsvierteln, die sich an die Peripherie verlagert haben. Durch die Trümmerwüste führen vorderhand nur die Verbindungswege. Und wie in Berlin, so sieht es in Dresden, in Leipzig, in München, in Köln, in Hamburg und an vielen andern Orten aus. So wie die Städte, sieht aber auch alles andere aus, das politische Leben, das Denken der Massen nicht zuletzt. Die Trümmer lassen sich vielfach nicht beseitigen, also muss man sie umgehen. Und lässt sich auf den Steinhäufen zunächst nicht bauen, muss versucht werden, daneben etwas Neues zu errichten. Am konsequentesten sind die Russen in ihrer Zone vorgegangen. Die Bauern auf den verteilten Grossgütern haben ihre zweite Saat bestellt und sehen der zweiten Ernte der Nachkriegsjahre entgegen, und schon geht die Besatzungsmacht daran, gewisse Mängel dieser «kleingesplitterten» Wirtschaft dadurch auszugleichen, dass die Bauernschaft zur Gründung von vielschichtigen Genossenschaften beredet wird. Auf diese Weise sollen sie in ihrer Wirtschaftsweise der russischen Kolchosenwirtschaft angenähert werden. Dadurch bildet sich, sofern das «Sowjetsystem» in dieser abgeänderten und von den schlimmsten russischen Missgriffen verschonten Form sich einbürgert, von selbst die Interessengemein-

schaft heraus, die Moskau herbeiführen will. In der Industrie wird auf die staatlich kontrollierten Trusts hingearbeitet, auf die Zusammenfassung der einzelnen Grossbetriebe also. Wichtig ist, dass zwischen diesen Trusts eine «Risiko-Gemeinschaft» besteht, wodurch die Möglichkeit grosszügiger Unternehmungen, vielleicht auch überdimensionierter Pläne, entsteht. Ein Jahr, zwei Jahre — so rechnen die Russen — und die Ostzone wird ein wirtschaftliches Gesicht zeigen, um das die drei Westzonen sie beneiden werden.

Die schärfste Gegnerschaft erfahren die Russen heute von seiten der deutschen Sozialdemokratie. Die Erzfeindschaft zwischen ihr und dem Kommunismus wird aufs neue exemplarisch bewiesen. Dass die Besatzungsmacht nicht mit den Mitteln eingreift, die seinerzeit in Russland angewendet wurden, um die Opposition in der Arbeiterschaft zu brechen, bezeugt aufs deutlichste, ihre Rücksicht auf die Gefühle der mitkontrollierenden Westmächte. Wohl verschwinden einzelne Gegner in Konzentrationslagern — den gleichen übrigens, die aus der Hitlerzeit her bestehen — aber es wird nicht versucht, die feindliche Partei, auch nicht die christlich-demokratische, zu zerschlagen. Natürlich wird ein «sanfter Druck» ausgeübt. So gehört die zwangsweise Einreihung in Arbeitsbataillone zu den Alltäglichkeiten, und der Bauernschaft gegenüber wird der Lieferzwang rigoros angewendet, zum Vorteil der hungernden Städte. Die Deutschen lassen sich kommandieren, räumen Strassenzüge auf, fördern Kohle und überlegen, dass es ungefähr so auch zur Hitlerzeit gewesen — aber sie stellen schliesslich fest, dass da und dort ein Steinhäufen verschwinde oder sich übergrüne — und es sieht irgendwie nach Hoffnung aus. So gehorchen sie diesem «sanften Druck», knurren vielleicht und gestehen sich schliesslich ein, dass dabei doch das für den Moment Mögliche und Vernünftige geschehe.

In den Westzonen scheinen vor allem die Amerikaner endlich zu überlegen, dass sie die wichtigste Quelle des Lebensmittelnöte beseitigen müssten. Den kaum gehemmten Schwarzhandel. Die Streikbewegungen in den grossen Industriezentren scheinen den amerikanischen Oberbefehlshaber, General Glay, auf den Gedanken zu bringen, die Bauernschaft habe sich nach dem Sturze Hitlers und dem Verschwinden des Lieferzwanges aus der Nazizeit so etwas wie «goldene Zeiten» geleistet. Und zwar in der Weise, dass sie versuchte, von den verarmten Städtern Sachgüter einzuhau-

Russische Aktivität in Berlin

Mitten in dem von Bomben zerschmetterten Berlin ist, als Anbau der früheren «Singakademie» «Unter den Linden» ein Gebäude im klassizistischen Stil entstanden, dessen Portal blendend weiss aus den brandgeschwärzten Ruinen leuchtet. Es ist das «Haus der Sowjetkultur», das Russen und Deutschen offen steht. Das Haus umfasst einen Theatersaal, eine Bibliothek, Gesellschaftsräume usw.

deln und die Nahrungsmittel auf diese Weise nur gegen Ueberbezahlung an die Kreise abzugeben, die noch Teppiche, Polstermöbel, Gemälde, Klaviere und derlei schöne Dinge anzubieten hatten. Auf den regulären Markt, der billiger und gegen Karten lieferte, kam lange nicht soviel, wie man dem schwarzen Markt zuführte. Die Märchen von den «Teppichen im Kuhstall» hätten, so versichert man uns, durchaus reale Hintergründe. Und ebenso gut wären die russischen Vorwürfe an die Westmächte begründet, dass sie dem Eigennutz der besitzenden und dabei hitlerverseuchten Kreise jede Freiheit gelassen.

Die Tatsachen, mit welchen die Amerikaner rechnen müssen, lassen sich kurz zusammenfassen. Erstens rechnet man mit einer neuen deutschen Ernte, die 15 Prozent weniger einbringen soll als die letztjährige. Zweitens sind die Arbeitermassen in den Industriegegenden, vor allem im Ruhrgebiet und in Hamburg, aber auch in weniger radikalisierten Städten, des Hungers müde. Drittens aber wollen die Engländer ihre Steuerzahler nicht mehr weiter mit den Millionen belasten, welche bisher von den Zuschüssen an Deutschland verschlungen wurden. Viertens wird es nicht möglich sein, die gegenwärtig auf hoher See schwimmenden ausserordentlichen USA-Getreidesendungen für die deutschen Hungergebiete immer aufs Neue zu wiederholen. Bleibt also fünftens nur der Weg offen, den man schon vor einem Jahre hätte begehen sollen: Die vorgeschriebene Lieferpflicht für die Landwirtschaft zu einer wirklichen Pflicht, nicht nur zu einer papierernen Verfügung, werden zu lassen.

Diese «Quintessenz der amerikanischen Erfahrungen» reift übrigens um so schneller, je deutlicher die wachsende Feindseligkeit und Aufsässigkeit auch in den politischen Parteien sich zeigt. Der sozialistische «Führer» Dr. Schumacher bezichtigt die Besatzungsbehörden sozusagen täglich der Unfähigkeit, und reihenweise erklären Behörden notleidender Gemeinden, dass sie ihre Ämter den Alliierten zur Verfügung stellen würden, wenn es mit der Lebensmittelfuhr nicht sofort besser werde. Die zu befürchteten Entladungen innerhalb der Arbeiterschaft werden zum voraus den «Feinden» aufs Sollkonto notiert. Vorausssehbare Per-

spektiven, die man aber anscheinend gar nicht erwartete!

Bis vor einem halben Jahre wurden die Uebelstände in den Westzonen stets und ausschliesslich auf die Weigerung der Russen zurückgeführt, Westebien mit den Ueberschüssen aus dem Osten zu beliefern. Entweder nimmt man heute in Kauf, dass die Russen ihr Verhalten nicht ändern, oder man gesteht ein, dass man sich bisher auf ein unhaltbares Alibi versteifte. Das heisst, dass man stillschweigend eingesteht, das Wichtigste versäumt zu haben: Die Organisation der Wirtschaft in den Westzonen.

Natürlich gehen die Amerikaner nicht von ihren liberalen Grundsätzen ab. Immer noch halten sie dafür, dass die deutschen Bauern nicht durch Zwang allein dazu gebracht werden dürfen, das Notwendige zu liefern, dass man ihnen vielmehr Waren, deutsche Industrierzeugnisse zu günstigen Preisen als Gegenwert anbieten müsse. Verwunderlich ist nur, weshalb niemand auf den Gedanken kommt, dem deutschen Volke neben den Weizensendungen nicht auch amerikanische Industrieprodukte zur Verfügung zu stellen, um damit die zurückgehaltenen Vorräte hervorzulocken!

Auf den ausserdeutschen Trümmerfeldern

wird ebenfalls aufgeräumt. Eine der wichtigsten Aufgaben ist der Flüchtlingshilfe-Organisation, die in Ouchy tagt, gestellt. Sie soll mit einem Kapital von 151 Millionen Dollars arbeiten, um die «Displaced persons» irgendwo in der Welt neu anzusiedeln. Sobald 75% dieses Kapitals verfügbar sind, wird die Arbeit beginnen. Seit nun Australien und Island beigetreten, die Zahl der Signatarstaaten auf 16, also 1 über das Minimum von 15, gestiegen und die 75% des vorgesehenen Kapitals vorhanden sind, ist es so weit. Die «IRO» ist dazu bestimmt, einen wesentlichen Teil der illegalen Palästina-Einwanderer in andere Kanäle abzulenken. Damit würde aber auch die Ansammlung weitem Dynamits in dieser gefährlichen Weltecke verhindert und unter Umständen die bereits bestehende Menge reduziert.

Einen praktischen Anfang mit der Aufnahme solcher Flüchtlinge hat Brasilien ge-

macht. Letzthin landete ein Schiff über 800 Personen. Mehr als 4000 sollen darüber hinaus aufgenommen werden. 5000 Seelen sind natürlich wenig, wenn man daran denkt, dass in den deutschen Lagern immer noch fast eine Million warten, und dass sich ein unsichtbarer Zug langsam auf die Mittelmeerhäfen zu bewegt, vor allem in Italien, um nachher insgeheim die syrische Küste zu erreichen und auf Schleichwegen nach Palästina zu gelangen. Zu notieren ist übrigens, dass ausser den flüchtigen Juden ungezählte Balten, Polen, Jugoslawen und andere Oestliche warten, die sich vor der Heimkehr in die mehr oder weniger totalitär regierten Länder fürchten. Auch Russen sind darunter. Manche wissen, dass sie sich während der Hitlerzeit kompromittiert haben. Im Westen wird ihnen eine nur leichtere fahrlässige Kollaboration verziehen, — im Osten aber kaum. Es wird Jahre brauchen, um diese restliche Million (anfänglich waren es sieben oder acht, vor einem Jahre noch zwei Millionen), aus dem überlasteten deutschen Raume irgendwohin zu schaffen. Denn die ersten Millionen wollten und konnten heimkehren, der Rest kann oder darf nicht!

Man hat das Gefühl, die Wegschaffung dieser «gesellschaftlichen Trümmer» müsste ergänzt werden durch eine beschleunigte Repatriierung auch der Gefangenen-Millionen, von welchen übrigens auch nicht alle nach Deutschland — und nach den Satellitenstaaten — zurückzukehren wünschen. Die innere Befriedung der besiegten Länder würde um einige Grade zu erleichtern sein, wenn beispielsweise in männerverarmten Deutschland die Arbeitskräfte endlich wieder vollzählig würden, und wenn wieder eine Anzahl männerloser Frauen ihre gewesenen oder künftigen Gatten begrüssen dürften. In Italien steht es nicht so schlimm, aber Genua erlebte beispielsweise eine stürmische Demonstration vor dem russischen Konsulat, mit dem platonischen Erfolg, dass der Konsul versprach, die Wünsche der Demonstranten nach Moskau zu melden. Man könnte sich die Augen wischen bei dem Gedanken, was ein solches Versprechen nützen wird. . . .

Ist das Ringen des merkwürdig langlebigen, nun von den Kommunisten verlassenen Kabinetts Ramadier in Frankreich, die Verfestigung seines Preisverbilligungskurses bei möglicher Lohnstoppung, viel anderes als Aufräumarbeit? Der Neubau hat zwar eingesetzt, doch die Trümmer heissen: Warenmangel, Devisenmangel, Mangel an Exportwaren, um die Importe zu finanzieren. . . Nicht anders ist es in Italien, wo Nitti nach de Gasperis Abgang eine neue «Dreiparteienregierung» zu begründen sucht. Und schaut man in die weitere Welt: Die Liquidierung der England-Herrschaft in Indien tritt in ihre wichtigste Phase — Lord Mountbatten landet in England, um das grosse Teilungsprojekt Hindustan-Pakistan mit dem Labourkabinet zu beraten. Fast möchte man glauben, die britische Staatskunst habe sich mit diesem Projekt den Weg gesichert, die beiden indischen Partner, welchen es als Vermittler und Friedensgarant dienen muss, gesondert ins Empire eingliedern zu können. Das wäre ein höchwichtiger Neubau aus Trümmern!

